

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Badischer Beobachter. 1863-1935 1910**

54 (8.3.1910) 1. Blatt

# Badischer Beobachter.

## Hauptorgan der badischen Zentrumspartei.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis: In Karlsruhe durch Träger zugestellt, monatlich 90 Pfg., vierteljährlich 2.70. An der Geschäftsstelle oder den Abgabenstellen, monatlich 60 Pfg. Bei der Post bestellt und dort abgeholt, monatlich 60 Pfg. Bei der Post bestellt und dort abgeholt, monatlich 60 Pfg. Die Briefträger ins Haus gebracht, Nr. 367 vierteljährlich. Bestellungen werden jederzeit entgegengenommen.

**Beilagen:**  
Einmal wöchentlich: das illustrierte achtseitige Unterhaltungsblatt „**Sterne und Blumen**“.  
Zweimal wöchentlich: das vierseitige Unterhaltungsblatt „**Blätter für den Familientisch**“.

Anzeigen: Die sechspaltige Petizions- oder deren Mann 25 Pfg., Restamen 60 Pfg. Lokalanzeigen billiger. Bei öfterer Wiederholung entsprechender Rabatt. Anzeigen nehmen außer der Geschäftsstelle alle Anzeigen-Vermittlungsstellen an.  
Redaktion und Geschäftsstelle: Adlerstraße Nr. 42 in Karlsruhe (Baden).  
Sprechstunden der Redaktion: von halb 12 bis 1 Uhr mittags.

Notationsdruck und Verlag der Aktiengesellschaft „Badenia“ in Karlsruhe, Adlerstraße 42. Heinrich Vogel, Direktor.

Verantwortlicher Redakteur für deutsche und badische Politik, sowie Feuilleton: F. Theodor Meyer; für Ausland, Nachrichtendienst und den allgemeinen Teil: Franz Wahl; für die Unterhaltungsbeilagen, den Handel und Verkehr: Heinrich Vogel; sämtliche in Karlsruhe.

Verantwortlich für Anzeigen und Restamen: Hermann Wahler in Karlsruhe.

### Der „Wahlrechtsverrat“ des Zentrums.

Das Zentrum hat wieder einmal schmählich das Volk betrogen und an seinen Wählern Verrat geübt: den Einbruch gewinnt man unwillkürlich, wenn man die Neuformungen liberaler und sozialdemokratischer Blätter über die zweite Forderung der preussischen Wahlrechtskommission liest. Man könnte fast meinen, es läge ganz in der Hand des Zentrums, ob eine und welche Reform überhaupt zustande kommt. Von sozialdemokratischen Blättern ist man schließlich nichts anderes gewohnt. Doch aber liberale, nationalliberale Blätter sich über den „Wahlrechtsverrat“ enträsten, das ist, um mit der „Straßburger Post“ zu sprechen, eine Unethik der Kampfesweise, für die es einen parlamentarischen Ausdruck überhaupt nicht mehr gibt!

Nationalliberale Blätter stellen die Sache jetzt so hin, als habe die ursprüngliche Regierungsvorlage herrliche Reformvorschlüsse enthalten, die aber jetzt alle durch den „Konservativ-liberalen Block“ beseitigt seien.

An der ganzen Regierungsvorlage wurde nur eine einschneidende Aenderung vorgenommen: die von der Regierung vorgeschlagene direkte Wahl wurde beseitigt und die indirekte Wahl beibehalten. Dafür wurde aber die geheime Wahl für die Wähler eingeführt.

Das wird doch wohl niemand leugnen: Ungleich wertvoller als die direkte Wahl ist die geheime Wahl. Es ist noch nicht lange her, da beschnitten liberale Blätter selbst das in der Regierungsvorlage enthaltene Zweistimmensystem der direkten Wahl als eine Bagatelle, die nur von formaler Bedeutung sei. Heute, wie diese Bagatelle nun aus dem Entwurf beseitigt ist, da erbebt man ein großes Lamento darüber, daß das Zentrum schamlos die direkte Wahl, für die eine große Mehrheit vorhanden war, preisgab. „Schlankweg“, das ist eine klamauerliche Phrase.

Das Zentrum hat die direkte Wahl nicht „schlankweg“ preisgegeben. Dem Zentrum war es vor allem um die geheime Wahl zu tun. Das werden die Liberalen und sozialdemokratischen Kritiker doch selbst zugeben müssen: Als der Ministerpräsident ursprünglich über die geheime Wahl sein „unannehmbar“ ausgesprochen hätte, da war nur dann noch Aussicht auf die Einführung der geheimen Wahl vorhanden, wenn im Abgeordnetenhause die Konservativen dafür gewonnen werden konnten. Daß es dem Zentrum, den Liberalen und Sozialdemokraten gelungen wäre, die geheime Wahl durchzusetzen gegen Regierung und die Konservativen des Herren- und Abgeordnetenhauses, wird doch wohl niemand behaupten wollen. Waren aber die Konservativen einmal dafür gewonnen, so war auch gleich gewonnen die geheime Wahl. Nun erklärte sich die Konservativen mit der geheimen Wahl einverstanden unter der Bedingung, daß das indirekte System beibehalten werde. Eine Partei, der es wirklich Ernst um die Wahlreform ist, die konnte doch unter den Umständen nicht anders, als den Konservativen diese „Bagatelle“ zuzugestehen und dafür aber die geheime Wahl zu er-

langen. Also so „schlankweg“ ist die direkte Wahl doch nicht preisgegeben worden.

Die „Straßburger Post“, die unter der Epigramme „Unethik der Kampfesweise“ sich über den „schändlichen Verrat“ des Zentrums enträstet, sagt zwar, es sei „eitel Geschwätz“, daß man mit der direkten Wahl die geheime Wahl erkaufte habe.

„Denn wenn man auch die Wahlmänner geheim gewählt werden sollen, so haben die Konservativen und Liberalen doch nach wie vor die Möglichkeit, bei der öffentlichen Wahl der Abgeordneten durch die Wahlmänner die strengste Kontrolle auszuüben. Und wer wird unter diesen Umständen Lust haben, sich als Wahlmann anzustellen zu lassen?“

Die „Straßburger Post“ und alle die Blätter, die sich mitenträsten, mögen uns einmal gültig verraten, wie sie sich eine „geheim“ Aufstellung von Wahlmännern eigentlich denken. Bis dahin halten wir sie für ein Ding der Unmöglichkeit. Die Aufstellung von Wahlmännern kann nur öffentlich geschehen. Ist es nun nicht lächerlich, daß diese vor aller Öffentlichkeit genannten Wahlmänner geheim wählen sollen? Ihre Zugehörigkeit zu einer bestimmten Partei ist doch schon bei ihrer Aufstellung bekannt geworden.

Die geheime Wahl der Abgeordneten durch die Wahlmänner könnte nur solchen Wahlmännern ein Schutz sein, die an ihrer Partei wortbrüchig werden und einen andern Kandidaten wählen als den ihrer Wähler. Solchen Leuten noch einen besonderen Schutz andeuten zu lassen, ist doch wahrhaftig überflüssig. Für die andern aber ist die geheime Wahl der Abgeordneten überhaupt kein Schutz. Vom Gegenteil kann uns indes die „Straßburger Post“, noch die gesamte Großblattpresse überzeugen.

Mit dem Entrüsten über den „schändlichen Verrat“, den das Zentrum durch Beibehaltung der öffentlichen Wahl der Abgeordneten durch die Wahlmänner begangen habe, sollte die „Straßburger Post“ als nationalliberale Blatt nicht so voreilig sein. Es müßte ihr doch bekannt sein, daß der nationalliberale Abg. Dr. Krause am 10. Januar 1908 im preussischen Abgeordnetenhause namens seiner Fraktion sich über das öffentliche Stimmrecht folgendermaßen äußerte:

„Ich muß hinweggehen über die Frage der Einführung des geheimen Wahlrechts und der Beibehaltung der öffentlichen Stimmabgabe. Ich muß darüber hinweggehen, weil es Ihnen allen bekannt ist, und was es offen ausgesprochen haben, daß darüber die Meinungen unter meinen politischen Freunden vollkommen geteilt sind und es nicht möglich ist, in der Richtung eine bestimmte Stellung zu nehmen.“

Im Jahre 1908 war also ein großer Teil der nationalliberalen Abgeordneten für die Beibehaltung der öffentlichen Wahl überhaupt. Und heute die große Entrüstung über das Zentrum, weil es die bei dem indirekten System durchaus annehmbare öffentliche Wahl der Abgeordneten beibehält!

Rebellen! demerkt für die Großblattpresse: Würde die geheime Wahl der Abgeordneten durch die Wahlmänner in Preußen Gesetz, dann wäre es für Preußen einfach unmöglich, auch dort einmal die Ergründlichkeit eines liberal-sozialdemokratischen „Kulturblocks“ zu machen.

Denn wie könnte man bei Wahlkompromissen kontrollieren, ob die liberalen und sozialistischen Wahlmänner auch die Parteiparolen gehalten hätten, wenn ihre Abstimmung geheim wäre? —

Das Zentrum hat mit dem Konservativen das Kompromiß geschlossen, — jedoch unter dem ausdrücklichen Vorbehalt, seine Stellungnahme noch zu ändern — weil es dies für den einzigen Weg hielt, Verbesserungen zu erreichen. Man mag auf liberaler und sozialdemokratischer Seite noch so sehr über den „Block“ der „reaktionären“ Konservativen und des „demokratisch sein wollenen“ Zentrums zeteren. Die Tatsache bleibt: Wirkliche Verbesserungen lassen sich nur dann erreichen, wenn im Abgeordnetenhause die Majorität dafür möglichst groß und die Minorität klein ist. Sonst ist weder der Regierung noch dem Herrenhaus zu imponieren. Von diesem Gesichtspunkt aus hat auch das Zentrum gehandelt. In seinen Kreisen z. B. der Sozialdemokraten wird es auch als durchaus richtig anerkannt, daß nur auf dem Wege wirklich etwas erreicht werden kann. In der Öffentlichkeit freilich darf man das nicht zugeben. Denn dort gilt es, zu agitieren. Wie ja den „Genossen“ und Liberalen aller Couleur die Agitation die Hauptsache zu sein scheint. Sonst würden sie sich nicht, wie die Freisinnigen und Sozialdemokraten, bedürftig auf den „Mies-“ oder „Nichtsstandpunkt“ stellen, oder wie die Nationalliberalen, bald mit der Rechten, bald mit der Linken zusammen gehen, nur um sich ihren Wählern in der „volksfreundlichen“ Opposition zeigen zu können.

Die nationalliberalen Blätter bringen spaltenlange Artikel unter der ironischen Ueberschrift „Das Zentrum als Volkspartei“. Wie haben sich denn die Nationalliberalen in der Wahlrechtskommission als Volkspartei bewährt? Als es sich darum handelte, für oder gegen die Verbrüderung des Reichstagswahlrechts Stellung zu nehmen, da lehnte die Kommission das gleiche Wahlrecht ab, weil sich die Nationalliberalen auf die Seite der Konservativen schlugen. Schuld der Nationalliberalen ist es also, wenn sich die Regierung darauf berufen kann, daß die Mehrheit der preussischen Volkvertretung das Reichstagswahlrecht für Preußen gar nicht wünsch. Wenn also die Nationalliberalen zugestimmt hätten, dann hätte der preussische Landtag die allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahl durch Mehrheitsbeschluß angenommen. Daß dies nicht geschehen ist, daran tragen einzig und allein die Nationalliberalen die Schuld, die sich jetzt so sehr im Gegenatz zum Zentrum als „Volkspartei“ anpreisen möchten.

Man sollte es nicht für möglich halten, weil nationalliberale Blätter dem Zentrum vorwerfen können, es habe das „Selbstprinzip“ im Wahlrechtsentwurf beibehalten. Abgesehen davon, daß sich die nationalliberale Partei direkt für das Selbstprinzip ausgesprochen, als sie gegen das gleiche Wahlrecht stimmte, hat sie das „Selbstprinzip“ noch krasser durchzuführen wollen durch ihren Antrag auf Drittelung der ganzen Wahlkreise. Die Regierungsvorlage sieht die Drittelung der Stimmbezirke vor. Nationalliberalerlei meint man das zwar

liberal-sozialdemokratischen „Kulturblocks“ zu machen. Denn wie könnte man bei Wahlkompromissen kontrollieren, ob die liberalen und sozialistischen Wahlmänner auch die Parteiparolen gehalten hätten, wenn ihre Abstimmung geheim wäre? —

Das Zentrum hat mit dem Konservativen das Kompromiß geschlossen, — jedoch unter dem ausdrücklichen Vorbehalt, seine Stellungnahme noch zu ändern — weil es dies für den einzigen Weg hielt, Verbesserungen zu erreichen. Man mag auf liberaler und sozialdemokratischer Seite noch so sehr über den „Block“ der „reaktionären“ Konservativen und des „demokratisch sein wollenen“ Zentrums zeteren. Die Tatsache bleibt: Wirkliche Verbesserungen lassen sich nur dann erreichen, wenn im Abgeordnetenhause die Majorität dafür möglichst groß und die Minorität klein ist. Sonst ist weder der Regierung noch dem Herrenhaus zu imponieren. Von diesem Gesichtspunkt aus hat auch das Zentrum gehandelt. In seinen Kreisen z. B. der Sozialdemokraten wird es auch als durchaus richtig anerkannt, daß nur auf dem Wege wirklich etwas erreicht werden kann. In der Öffentlichkeit freilich darf man das nicht zugeben. Denn dort gilt es, zu agitieren. Wie ja den „Genossen“ und Liberalen aller Couleur die Agitation die Hauptsache zu sein scheint. Sonst würden sie sich nicht, wie die Freisinnigen und Sozialdemokraten, bedürftig auf den „Mies-“ oder „Nichtsstandpunkt“ stellen, oder wie die Nationalliberalen, bald mit der Rechten, bald mit der Linken zusammen gehen, nur um sich ihren Wählern in der „volksfreundlichen“ Opposition zeigen zu können.

Die nationalliberalen Blätter bringen spaltenlange Artikel unter der ironischen Ueberschrift „Das Zentrum als Volkspartei“. Wie haben sich denn die Nationalliberalen in der Wahlrechtskommission als Volkspartei bewährt? Als es sich darum handelte, für oder gegen die Verbrüderung des Reichstagswahlrechts Stellung zu nehmen, da lehnte die Kommission das gleiche Wahlrecht ab, weil sich die Nationalliberalen auf die Seite der Konservativen schlugen. Schuld der Nationalliberalen ist es also, wenn sich die Regierung darauf berufen kann, daß die Mehrheit der preussischen Volkvertretung das Reichstagswahlrecht für Preußen gar nicht wünsch. Wenn also die Nationalliberalen zugestimmt hätten, dann hätte der preussische Landtag die allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahl durch Mehrheitsbeschluß angenommen. Daß dies nicht geschehen ist, daran tragen einzig und allein die Nationalliberalen die Schuld, die sich jetzt so sehr im Gegenatz zum Zentrum als „Volkspartei“ anpreisen möchten.

Man sollte es nicht für möglich halten, weil nationalliberale Blätter dem Zentrum vorwerfen können, es habe das „Selbstprinzip“ im Wahlrechtsentwurf beibehalten. Abgesehen davon, daß sich die nationalliberale Partei direkt für das Selbstprinzip ausgesprochen, als sie gegen das gleiche Wahlrecht stimmte, hat sie das „Selbstprinzip“ noch krasser durchzuführen wollen durch ihren Antrag auf Drittelung der ganzen Wahlkreise. Die Regierungsvorlage sieht die Drittelung der Stimmbezirke vor. Nationalliberalerlei meint man das zwar

liberal-sozialdemokratischen „Kulturblocks“ zu machen. Denn wie könnte man bei Wahlkompromissen kontrollieren, ob die liberalen und sozialistischen Wahlmänner auch die Parteiparolen gehalten hätten, wenn ihre Abstimmung geheim wäre? —

Das Zentrum hat mit dem Konservativen das Kompromiß geschlossen, — jedoch unter dem ausdrücklichen Vorbehalt, seine Stellungnahme noch zu ändern — weil es dies für den einzigen Weg hielt, Verbesserungen zu erreichen. Man mag auf liberaler und sozialdemokratischer Seite noch so sehr über den „Block“ der „reaktionären“ Konservativen und des „demokratisch sein wollenen“ Zentrums zeteren. Die Tatsache bleibt: Wirkliche Verbesserungen lassen sich nur dann erreichen, wenn im Abgeordnetenhause die Majorität dafür möglichst groß und die Minorität klein ist. Sonst ist weder der Regierung noch dem Herrenhaus zu imponieren. Von diesem Gesichtspunkt aus hat auch das Zentrum gehandelt. In seinen Kreisen z. B. der Sozialdemokraten wird es auch als durchaus richtig anerkannt, daß nur auf dem Wege wirklich etwas erreicht werden kann. In der Öffentlichkeit freilich darf man das nicht zugeben. Denn dort gilt es, zu agitieren. Wie ja den „Genossen“ und Liberalen aller Couleur die Agitation die Hauptsache zu sein scheint. Sonst würden sie sich nicht, wie die Freisinnigen und Sozialdemokraten, bedürftig auf den „Mies-“ oder „Nichtsstandpunkt“ stellen, oder wie die Nationalliberalen, bald mit der Rechten, bald mit der Linken zusammen gehen, nur um sich ihren Wählern in der „volksfreundlichen“ Opposition zeigen zu können.

Die nationalliberalen Blätter bringen spaltenlange Artikel unter der ironischen Ueberschrift „Das Zentrum als Volkspartei“. Wie haben sich denn die Nationalliberalen in der Wahlrechtskommission als Volkspartei bewährt? Als es sich darum handelte, für oder gegen die Verbrüderung des Reichstagswahlrechts Stellung zu nehmen, da lehnte die Kommission das gleiche Wahlrecht ab, weil sich die Nationalliberalen auf die Seite der Konservativen schlugen. Schuld der Nationalliberalen ist es also, wenn sich die Regierung darauf berufen kann, daß die Mehrheit der preussischen Volkvertretung das Reichstagswahlrecht für Preußen gar nicht wünsch. Wenn also die Nationalliberalen zugestimmt hätten, dann hätte der preussische Landtag die allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahl durch Mehrheitsbeschluß angenommen. Daß dies nicht geschehen ist, daran tragen einzig und allein die Nationalliberalen die Schuld, die sich jetzt so sehr im Gegenatz zum Zentrum als „Volkspartei“ anpreisen möchten.

Man sollte es nicht für möglich halten, weil nationalliberale Blätter dem Zentrum vorwerfen können, es habe das „Selbstprinzip“ im Wahlrechtsentwurf beibehalten. Abgesehen davon, daß sich die nationalliberale Partei direkt für das Selbstprinzip ausgesprochen, als sie gegen das gleiche Wahlrecht stimmte, hat sie das „Selbstprinzip“ noch krasser durchzuführen wollen durch ihren Antrag auf Drittelung der ganzen Wahlkreise. Die Regierungsvorlage sieht die Drittelung der Stimmbezirke vor. Nationalliberalerlei meint man das zwar

liberal-sozialdemokratischen „Kulturblocks“ zu machen. Denn wie könnte man bei Wahlkompromissen kontrollieren, ob die liberalen und sozialistischen Wahlmänner auch die Parteiparolen gehalten hätten, wenn ihre Abstimmung geheim wäre? —

Das Zentrum hat mit dem Konservativen das Kompromiß geschlossen, — jedoch unter dem ausdrücklichen Vorbehalt, seine Stellungnahme noch zu ändern — weil es dies für den einzigen Weg hielt, Verbesserungen zu erreichen. Man mag auf liberaler und sozialdemokratischer Seite noch so sehr über den „Block“ der „reaktionären“ Konservativen und des „demokratisch sein wollenen“ Zentrums zeteren. Die Tatsache bleibt: Wirkliche Verbesserungen lassen sich nur dann erreichen, wenn im Abgeordnetenhause die Majorität dafür möglichst groß und die Minorität klein ist. Sonst ist weder der Regierung noch dem Herrenhaus zu imponieren. Von diesem Gesichtspunkt aus hat auch das Zentrum gehandelt. In seinen Kreisen z. B. der Sozialdemokraten wird es auch als durchaus richtig anerkannt, daß nur auf dem Wege wirklich etwas erreicht werden kann. In der Öffentlichkeit freilich darf man das nicht zugeben. Denn dort gilt es, zu agitieren. Wie ja den „Genossen“ und Liberalen aller Couleur die Agitation die Hauptsache zu sein scheint. Sonst würden sie sich nicht, wie die Freisinnigen und Sozialdemokraten, bedürftig auf den „Mies-“ oder „Nichtsstandpunkt“ stellen, oder wie die Nationalliberalen, bald mit der Rechten, bald mit der Linken zusammen gehen, nur um sich ihren Wählern in der „volksfreundlichen“ Opposition zeigen zu können.

Die nationalliberalen Blätter bringen spaltenlange Artikel unter der ironischen Ueberschrift „Das Zentrum als Volkspartei“. Wie haben sich denn die Nationalliberalen in der Wahlrechtskommission als Volkspartei bewährt? Als es sich darum handelte, für oder gegen die Verbrüderung des Reichstagswahlrechts Stellung zu nehmen, da lehnte die Kommission das gleiche Wahlrecht ab, weil sich die Nationalliberalen auf die Seite der Konservativen schlugen. Schuld der Nationalliberalen ist es also, wenn sich die Regierung darauf berufen kann, daß die Mehrheit der preussischen Volkvertretung das Reichstagswahlrecht für Preußen gar nicht wünsch. Wenn also die Nationalliberalen zugestimmt hätten, dann hätte der preussische Landtag die allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahl durch Mehrheitsbeschluß angenommen. Daß dies nicht geschehen ist, daran tragen einzig und allein die Nationalliberalen die Schuld, die sich jetzt so sehr im Gegenatz zum Zentrum als „Volkspartei“ anpreisen möchten.

Man sollte es nicht für möglich halten, weil nationalliberale Blätter dem Zentrum vorwerfen können, es habe das „Selbstprinzip“ im Wahlrechtsentwurf beibehalten. Abgesehen davon, daß sich die nationalliberale Partei direkt für das Selbstprinzip ausgesprochen, als sie gegen das gleiche Wahlrecht stimmte, hat sie das „Selbstprinzip“ noch krasser durchzuführen wollen durch ihren Antrag auf Drittelung der ganzen Wahlkreise. Die Regierungsvorlage sieht die Drittelung der Stimmbezirke vor. Nationalliberalerlei meint man das zwar

liberal-sozialdemokratischen „Kulturblocks“ zu machen. Denn wie könnte man bei Wahlkompromissen kontrollieren, ob die liberalen und sozialistischen Wahlmänner auch die Parteiparolen gehalten hätten, wenn ihre Abstimmung geheim wäre? —

Das Zentrum hat mit dem Konservativen das Kompromiß geschlossen, — jedoch unter dem ausdrücklichen Vorbehalt, seine Stellungnahme noch zu ändern — weil es dies für den einzigen Weg hielt, Verbesserungen zu erreichen. Man mag auf liberaler und sozialdemokratischer Seite noch so sehr über den „Block“ der „reaktionären“ Konservativen und des „demokratisch sein wollenen“ Zentrums zeteren. Die Tatsache bleibt: Wirkliche Verbesserungen lassen sich nur dann erreichen, wenn im Abgeordnetenhause die Majorität dafür möglichst groß und die Minorität klein ist. Sonst ist weder der Regierung noch dem Herrenhaus zu imponieren. Von diesem Gesichtspunkt aus hat auch das Zentrum gehandelt. In seinen Kreisen z. B. der Sozialdemokraten wird es auch als durchaus richtig anerkannt, daß nur auf dem Wege wirklich etwas erreicht werden kann. In der Öffentlichkeit freilich darf man das nicht zugeben. Denn dort gilt es, zu agitieren. Wie ja den „Genossen“ und Liberalen aller Couleur die Agitation die Hauptsache zu sein scheint. Sonst würden sie sich nicht, wie die Freisinnigen und Sozialdemokraten, bedürftig auf den „Mies-“ oder „Nichtsstandpunkt“ stellen, oder wie die Nationalliberalen, bald mit der Rechten, bald mit der Linken zusammen gehen, nur um sich ihren Wählern in der „volksfreundlichen“ Opposition zeigen zu können.

Die nationalliberalen Blätter bringen spaltenlange Artikel unter der ironischen Ueberschrift „Das Zentrum als Volkspartei“. Wie haben sich denn die Nationalliberalen in der Wahlrechtskommission als Volkspartei bewährt? Als es sich darum handelte, für oder gegen die Verbrüderung des Reichstagswahlrechts Stellung zu nehmen, da lehnte die Kommission das gleiche Wahlrecht ab, weil sich die Nationalliberalen auf die Seite der Konservativen schlugen. Schuld der Nationalliberalen ist es also, wenn sich die Regierung darauf berufen kann, daß die Mehrheit der preussischen Volkvertretung das Reichstagswahlrecht für Preußen gar nicht wünsch. Wenn also die Nationalliberalen zugestimmt hätten, dann hätte der preussische Landtag die allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahl durch Mehrheitsbeschluß angenommen. Daß dies nicht geschehen ist, daran tragen einzig und allein die Nationalliberalen die Schuld, die sich jetzt so sehr im Gegenatz zum Zentrum als „Volkspartei“ anpreisen möchten.

Man sollte es nicht für möglich halten, weil nationalliberale Blätter dem Zentrum vorwerfen können, es habe das „Selbstprinzip“ im Wahlrechtsentwurf beibehalten. Abgesehen davon, daß sich die nationalliberale Partei direkt für das Selbstprinzip ausgesprochen, als sie gegen das gleiche Wahlrecht stimmte, hat sie das „Selbstprinzip“ noch krasser durchzuführen wollen durch ihren Antrag auf Drittelung der ganzen Wahlkreise. Die Regierungsvorlage sieht die Drittelung der Stimmbezirke vor. Nationalliberalerlei meint man das zwar

liberal-sozialdemokratischen „Kulturblocks“ zu machen. Denn wie könnte man bei Wahlkompromissen kontrollieren, ob die liberalen und sozialistischen Wahlmänner auch die Parteiparolen gehalten hätten, wenn ihre Abstimmung geheim wäre? —

Das Zentrum hat mit dem Konservativen das Kompromiß geschlossen, — jedoch unter dem ausdrücklichen Vorbehalt, seine Stellungnahme noch zu ändern — weil es dies für den einzigen Weg hielt, Verbesserungen zu erreichen. Man mag auf liberaler und sozialdemokratischer Seite noch so sehr über den „Block“ der „reaktionären“ Konservativen und des „demokratisch sein wollenen“ Zentrums zeteren. Die Tatsache bleibt: Wirkliche Verbesserungen lassen sich nur dann erreichen, wenn im Abgeordnetenhause die Majorität dafür möglichst groß und die Minorität klein ist. Sonst ist weder der Regierung noch dem Herrenhaus zu imponieren. Von diesem Gesichtspunkt aus hat auch das Zentrum gehandelt. In seinen Kreisen z. B. der Sozialdemokraten wird es auch als durchaus richtig anerkannt, daß nur auf dem Wege wirklich etwas erreicht werden kann. In der Öffentlichkeit freilich darf man das nicht zugeben. Denn dort gilt es, zu agitieren. Wie ja den „Genossen“ und Liberalen aller Couleur die Agitation die Hauptsache zu sein scheint. Sonst würden sie sich nicht, wie die Freisinnigen und Sozialdemokraten, bedürftig auf den „Mies-“ oder „Nichtsstandpunkt“ stellen, oder wie die Nationalliberalen, bald mit der Rechten, bald mit der Linken zusammen gehen, nur um sich ihren Wählern in der „volksfreundlichen“ Opposition zeigen zu können.

Die nationalliberalen Blätter bringen spaltenlange Artikel unter der ironischen Ueberschrift „Das Zentrum als Volkspartei“. Wie haben sich denn die Nationalliberalen in der Wahlrechtskommission als Volkspartei bewährt? Als es sich darum handelte, für oder gegen die Verbrüderung des Reichstagswahlrechts Stellung zu nehmen, da lehnte die Kommission das gleiche Wahlrecht ab, weil sich die Nationalliberalen auf die Seite der Konservativen schlugen. Schuld der Nationalliberalen ist es also, wenn sich die Regierung darauf berufen kann, daß die Mehrheit der preussischen Volkvertretung das Reichstagswahlrecht für Preußen gar nicht wünsch. Wenn also die Nationalliberalen zugestimmt hätten, dann hätte der preussische Landtag die allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahl durch Mehrheitsbeschluß angenommen. Daß dies nicht geschehen ist, daran tragen einzig und allein die Nationalliberalen die Schuld, die sich jetzt so sehr im Gegenatz zum Zentrum als „Volkspartei“ anpreisen möchten.

Man sollte es nicht für möglich halten, weil nationalliberale Blätter dem Zentrum vorwerfen können, es habe das „Selbstprinzip“ im Wahlrechtsentwurf beibehalten. Abgesehen davon, daß sich die nationalliberale Partei direkt für das Selbstprinzip ausgesprochen, als sie gegen das gleiche Wahlrecht stimmte, hat sie das „Selbstprinzip“ noch krasser durchzuführen wollen durch ihren Antrag auf Drittelung der ganzen Wahlkreise. Die Regierungsvorlage sieht die Drittelung der Stimmbezirke vor. Nationalliberalerlei meint man das zwar

liberal-sozialdemokratischen „Kulturblocks“ zu machen. Denn wie könnte man bei Wahlkompromissen kontrollieren, ob die liberalen und sozialistischen Wahlmänner auch die Parteiparolen gehalten hätten, wenn ihre Abstimmung geheim wäre? —

Das Zentrum hat mit dem Konservativen das Kompromiß geschlossen, — jedoch unter dem ausdrücklichen Vorbehalt, seine Stellungnahme noch zu ändern — weil es dies für den einzigen Weg hielt, Verbesserungen zu erreichen. Man mag auf liberaler und sozialdemokratischer Seite noch so sehr über den „Block“ der „reaktionären“ Konservativen und des „demokratisch sein wollenen“ Zentrums zeteren. Die Tatsache bleibt: Wirkliche Verbesserungen lassen sich nur dann erreichen, wenn im Abgeordnetenhause die Majorität dafür möglichst groß und die Minorität klein ist. Sonst ist weder der Regierung noch dem Herrenhaus zu imponieren. Von diesem Gesichtspunkt aus hat auch das Zentrum gehandelt. In seinen Kreisen z. B. der Sozialdemokraten wird es auch als durchaus richtig anerkannt, daß nur auf dem Wege wirklich etwas erreicht werden kann. In der Öffentlichkeit freilich darf man das nicht zugeben. Denn dort gilt es, zu agitieren. Wie ja den „Genossen“ und Liberalen aller Couleur die Agitation die Hauptsache zu sein scheint. Sonst würden sie sich nicht, wie die Freisinnigen und Sozialdemokraten, bedürftig auf den „Mies-“ oder „Nichtsstandpunkt“ stellen, oder wie die Nationalliberalen, bald mit der Rechten, bald mit der Linken zusammen gehen, nur um sich ihren Wählern in der „volksfreundlichen“ Opposition zeigen zu können.

„Anstimm“, aber nur deshalb, weil es ihren speziellen Wünschen auf möglichst parlamentarische Ausgestaltung des Wahlrechts nicht entspricht. Werden die Stimmbezirke geteilt, dann kann es passieren, daß auch Leute, die nicht zu den „Herren vom großen Portemonnaie“ gehören, einmal in die zweite oder gar erste Klasse kommen. Das ist aber ausgeschlossen, wenn nicht die Stimmbezirke, sondern die ganzen Wahlkreise geteilt werden und danach die Stimmverteilung berechnet wird. Wäre es also nach den Nationalliberalen gegangen, dann wäre das „Selbstprinzip“ noch mehr zur Anwendung gelangt, als es jetzt im Wahlrechtskompromiß geschieht. Wenn eine Partei keinen Grund hat, über die Zentrumspartei als „Volkspartei“ zu spotten, dann sind es die Nationalliberalen.

Im übrigen: Würden alle Parteien gleich dem Zentrum sachlich arbeiten, ohne agitatorische Nebenabsichten — manch einer ist die Agitation schon zur Hauptsache dabei geworden — dann würde auf jeden Fall mehr erreicht werden, als es bis jetzt der Fall war.

### Sonjells Erbe!

Der gewählte Seite wird uns geschrieben: „Um die Nachfolgerin der des Finanzministers Sonjell wird hinter den Kulissen schon tüchtig gearbeitet“. Der „Schwab. Merkur“ war in den letzten Tagen in der Lage, einen kurzen Blick tun zu lassen auf das Kampffeld. Darnach soll es sich um drei Kandidaten handeln. Der erste wäre der jetzige Stellvertreter des Ministers, Ministerialdirektor Göller. Er sei aber nicht geneigt, das Amt zu übernehmen, da er nicht die erforderliche Unterstützung seiner Kollegen sowie der Volksvertretung habe. Bezüglich der letzteren ist uns die Nachricht nicht ganz verständlich. Der Landtag hat meines Wissens bis jetzt dem Herrn Göller noch keine Ämterverleihung gemacht und in öffentlicher oder kommissionarischer noch keine begründete Veranlassung zu der Behauptung gegeben, daß Göller als Finanzminister sich seiner Unterstützung nicht versichert halten könne. Oder stützt sich dieses Urteil etwa auf persönliche Unterhandlungen mit einzelnen führenden Abgeordneten? Es wäre sehr interessant, festzustellen, von welcher Seite Göller als „minder genehm“ bezeichnet worden ist! Sehr bezeichnend und entscheidend erörtert er zu nehmen ist die Behauptung, Göller könne nicht auf die Unterstützung seiner Kollegen rechnen! Um welche Kollegen handelt es sich hier? Um Ministerkollegen? Wir halten das so ziemlich für ausgeschlossen, da sich die Minister bis jetzt öffentlich doch stets solidarisch mit Sonjell erklärt haben und Göller doch wohl derselbe haben, nur eine andere Nummer wäre. Oder sind die Kollegen im eigenen Ministerium gemeint? Das ließe ja sehr schöne Schlüsse zu auf die Verhältnisse im Bereiche des Finanzministeriums. Kritisiert dort also so eine Art Fronde, die es ablehnt, mit ihrem Vorgesetzten zu arbeiten, die sich in Opposition stellt? Da schiene es uns Pflicht der maßgebenden Faktoren,

### Tämon Gold oder das Erbe von Moultry Hall.

Kriminalroman aus dem Englischen des F. J. Smith in freier deutscher Bearbeitung von ...

11) (Fortsetzung.)

Der Doktors weitere Fragen beantwortete Bella nur durch Tränen. Sie wollte weder angeben, wo ihre Ehe geschloffen worden war, noch wo sie mit ihrem Manne gewohnt hatte. Glücklichweise fanden sich ganz unerwartet die Mittel, ihr jede weitere Demütigung zu ersparen. Die Gattin des Kapitan Egbert Galtion wurde von ihrem Londoner Arzte für zu hart erklärt, die heiligste Pflicht einer Mutter gegen ihr Kind zu erfüllen: eine Amme war unumgänglich nötig. Doktor Tranion wurde gerufen und ermächtigt, Bella Harding zu engagieren. Nach einigen wiederholten Unterhandlungen wurde die Bedingung ausgehandelt und Bella Harding in die längst verwaltete Ammenstube zu Moultry Park installiert.

Die Person hat etwas Distinguiertes in ihrem Wesen, sagte Lady Alicia, daß Du sie nicht gesehen? — Sir Barnard ließ sich nie herab, die weibliche Dienerschaft anzusehen. — Ja! Das Gesicht hat keine lässigen Augen, fügte Laura bei, und etwas Romantisches, Sentimentales in ihrem Wesen; sie gibt eine passende Gesellschafterin für Mary ab.

Die Erbin erhob bei diesen Worten den Kopf von dem Buche, in dem sie las, und schaute die Schwester gerade an; dann lächelte sie verächtlich.

Es ist nun Zeit, daß wir uns und ihrem Manne nach Penswood folgen, einem weitläufig gebauten Dorfe, fast einzig von den auf dem Gute beschäftigten Bergleuten bewohnt. Bald hatte sich ein Haufen Müßiggänger um den Karren geschart, indem Will und sein Weib die zu Penswood gekauften Möbel mit sich führten, und viele ihrer früheren Raabarn boten ihnen ein raues, aber herzlich willkommen.

Nachdem ihnen Will den Wechsel der Dinge berichtet, wurde der Vorjagd gemacht, die Tiere einzuschlagen, aber dem widersteht sich Gis Kluger Weise; sie wollten, wie sie sagte, lieber die Ankunft des Advokaten abwarten.

Sie hatten nicht lange zu warten, so kam ein reiches Gie die lang gedehnte Straße daher gefahren, welche das Dorf ausmachte. Ein beweglicher kleiner Mann mit schwarzen Haaren und durchdringenden schwarzen Augen stieg aus und wurde von der Menge mit dem Ruf: „Lang lebe Robert Penny!“ empfangen.

„Danke Euch, Freunde! Habt Ihr meine Weisungen befolgt?“ fügte er zu dem Bergmann gewandt hinzu. — „Gilt deutete auf den Karren, bei dem Gis sitzen geblieben war. — Gut! Fortrefflich! Nun, welches ist das Haus?“ — Sein Klient wies es ihm. — „Ist kein Schind hier?“ frag er; „da! da treffe ich ja einen alten Bekannten, Chimery.“ sagte er bei, indem er einen handfesten Vorstoß die Hand entgegenstreckte, der aus dem Gedränge hervorkam. Sie zu schütteln. „Nur mit dem Gefallen und nicht die Krämpfe aus dem Schloß der Türe da!“ — „Auf Ihren Befehl, Doktor?“ — „Auf meinen Befehl!“ — „Und auf Ihre Verantwortung?“ — „Nein, in Kraft eines mir von Mr. Galtion, der rechtmäßigen Eigentümerin von Penswood Manor, gewordenen schriftlichen Auftrags.“

Diesen Worten folgte ein allgemeines Freudengetöse. Der stämmige Schind zeigte nicht länger, sondern schlug mit einem einzigen Schlag seines Hammers die Kette samt der Krämpfe in Stücke. Ein Duzend Hände waren geschäftig, den Karren abzuladen, und der Hausrat war beinahe untergebracht, als in der Perion des Verwalters ein neuer Schauvieler auf der Szene erschien.

„Was soll das heißen?“ rief er umberschauend. — „Das soll heißen“, verlesete Will Gervaise, der, mit seiner Pike bewaffnet, unter der Türe erdicht: „daß ich wieder da bin und daß ich mein Recht wie-

der an mich gezogen habe.“ — „Und Euch für das Gericht reif gemacht!“

Nichts dergart, Benjamin Bedford, sagte der Advokat, aus dem Hause tretend. Wir sind beide Geschäftsleute und verstehen die Sachen. Will Gervaise hat dieses Unwesen wieder in Besitz genommen kraft eines Befehls von Mr. Galtion. Hier ist eine Abschrift, sagte Penny, ihm das Dokument unter die Nase haltend.

„Werst sie aus der Stille!“ rief der Verwalter. Diese Aufforderung galt den Bergleuten, aber keiner rihrte sich, dem Befehl Folge zu geben, einer dagegen, ein schöner junger Bursche, eben jener Sam Parlow, der vor wenigen Wochen auf Bedford geschossen haben sollte, trat aus dem Haufen hervor und stellte sich neben seinen alten Freund und Schulkameraden. — „Bist zu mir gestanden wie ein Mann!“ rief er aus. „Wär ein Hund, wenn ich nicht auch zu Dir stielte.“ — „Gilt drückte ihm schwerend die Hand. — „Ist's gezeichnet, Doktor?“

„Vollkommen gezeichnet“, erwiderte der Heine Mann, wenn Gilt Gervaise sein Heimweien gegen alle verteidigt, die es versuchen, ihn daraus zu vertreiben. Und wenn seine Freunde ihm beistehen, fügte er hinzu. Bei diesen Worten entstand eine Bewegung unter dem Haufen und mehrere der Bergleute stellten sich vor der Stille auf. — „Ihr werdet's bereuen“, rief der Agent wütend. „Wenn noch Gesetz und Gerechtigkeit in Cornwall zu finden ist, so hört die Sache hier nicht auf.“ — Ein höhnisches Gelächter folgte ihm, wie er langsam davontritt.

### 7. Kapitel.

Die arme Mary hatte nie eine Freundin gehabt und dieser Ausrüstung der Gefühle war ihr völlig fremd geblieben. Seit dem Tode des Bruders waren Gedanken — ihr einziger Begleiter, Einsamkeit — ihre Amme gewesen. Trotz des Unterdrückes in ihrer Stellung fühlte sich die Erbin wie mit magischer Gewalt zu Bella Harding hineingezogen. Die junge bekümmerte Mutter erregte ihr höchstes Interesse. Sie hatte eine Ahnung in ihrer Sprache und in ihrem

ganzen Wesen, eine Bescheidenheit in ihrer Zurückhaltung, die von einer — einst glücklichen Heimat, von treuer Mutter liebender Sorgfalt zeugte. Obgleich nicht von regelmäßiger Schönheit, war etwas in dem Gesicht der jungen Frau, das mehr als nur vorübergehend fesselte, jener tiefgeistige Ausdruck, welcher trotz ihres Kammers tiefer dem Sonnenstrahl, der durch den Vollenkneiter bricht, zweielten ihre Züge erhellte. Es lag etwas Kühnendes in dem warmen Blide ihres tiefblauen Auges, mit dem sie schüchtern dem hochgeborenen Mädchen für das freundliche Nicken dankte, das sie begrüßte, so oft sie in dem Zimmer der Kranken zummentrafen. Bisher war ihr Verkehr auf diesen stummen Austausch gegenseitiger Sympathie beschränkt gewesen, nur wenige Worte waren zwischen ihnen gewechselt worden, als ein Zufall sie näher zusammenbrachte.

Mary war gewohnt, früh aufzustehen, und verließ häufig das Haus, um ihren einsamen Morgen Spaziergang zu machen, während die übrigen Glieder der Familie noch lange der Ruhe pflegten. Seit der Entdeckung ihrer so lange unterdrückten Rechte war das Gemüt des armen Mädchens noch aufgeregter als gewöhnlich; Bewegung im Freien, die kalte Morgenluft, selbst körperliche Ermüdung waren nötig, es zu beruhigen. Sie verließ ihr Zimmer bald nach Tagesanbruch. Um ihre Schwägerin nicht zu stören, vertrieb sie den Gang, in dem deren Schlafzimmer lag, und war im Begriffe, die Bediententreppe hinabzugehen, als die Töne von Musik ihre Aufmerksamkeit erregten. Sie hielt an, um zu lauschen. Eine klare Altstimme ungewöhnlich noch Kraft und Umfang sang die Morgenhymne. „Wer kann das sein?“ fragte sie sich. Mary wußte, daß es nicht Laura war. Statt hinabzugehen und ihren Spaziergang im Park zu machen, folgte sie den Tönen in dem nördlichen Fligel des Gebäudes und sah, als sie die Türe des so lange nicht mehr besuchten Gemaches öffnete, Bella Harding — mit einem ihrer eigenen alten Notenbuche vor sich — am Klaviersitzen.

(Fortsetzung folgt.)

mit eiserner Faust hineinzuführen und Ordnung zu schaffen. Man hat ja allerdings früher schon hin und wieder davon gemunkelt, daß Minister Honfell, der Techniker, mit Schwierigkeiten in seinem Kollegium zu kämpfen habe. Seiner unbegrenzten Energie gelang es jedoch fast immer, die Frondeure niederzuhalten und seine Pläne wenigstens einigermassen zum Durchbruch zu bringen. Fühlt sich nun die Opposition stark genug, gegen seinen Nachfolger vorzugehen?

Als zweiten Kandidaten nennt der „Schwab. Merkur“ dann den Zoll- und Steuerdirektor Seubert, „der jedenfalls über reiche Kenntnisse im badischen Finanzwesen verfügt“. Warum soll dieser nicht ernsthaft in Betracht kommen? „Es wäre schwer, einen Ersatz für sein jetziges Amt zu finden und außerdem hat Seubert die Stimmung des Landtags nicht für sich. Nach vom ersten Besprechungsbereiche her wird ihm manches nachgetragen, was er vielleicht gar nicht zu verantworten hat.“ Man wird in der Sache nicht fehl gehen, wenn man einen andern Grund für die Ablehnung Seuberts anführt: Diefelben „Kollegen“, die Honfell Schwierigkeiten machten und Götter nicht wollen, sind es, die auch Seubert nicht als Chef belibien, weil es bekannt ist, daß Seubert die rechte Hand, der vertraute Berater Honfells in all den großen Fragen war, die dieser aufwarf und zur Lösung bringen wollte, weil es bekannt ist, daß Seubert wie Götter eine durchaus selbständige Natur ist, die sich freizubewegen weiß von allen Einflüssen, „schiefen Art“. Solche Männer sind nicht allüberall erwünscht, es läßt sich unter ihrem Zepher nicht so unbeschränkt herrschen und dirigieren, wie es von einzelnen Ressortchefs offenbar gerne beliebt würde. Reiche Kenntnisse im badischen Finanzwesen, wie sie sowohl Seubert als Götter besitzen, haben anscheinend außer Betracht zu bleiben gegenüber persönlichen Wünschen. Und die Vertreter dieser letzteren haben einen ihnen genehmen Kandidaten gefunden. Es ist der vom „Schwab. Merkur“ an dritter Stelle genannte badische Bundesratsbevollmächtigte Rheinboldt. Dieser ist allerdings schon mehr als 10 Jahre dem badischen Landesdienst fern und steht gerade den seit einigen Jahren von Honfell eingeleiteten organisatorischen Änderungen durchaus fremd gegenüber. Aber das scheint für ihn in gewissen höheren Beamtenkreisen gerade eine Empfehlung zu sein. Mit ihm hofft man wohl da und dort eher fertig zu werden als mit den starken Männern à la Götter und Seubert. Er ist deshalb der Kandidat aller derjenigen, die das feste Anziehen der Zügel durch Honfell und seine Energie auch gegenüber andern Ressorts unangenehm empfunden haben, aller derjenigen, die gerne auch wieder etwas zu sagen haben wollen, aber unter dem jetzigen Regime nicht zu Wort kommen können. Alle Hochachtung vor der Tätigkeit Rheinboldts, aber seiner ganzen Veranlagung nach scheint er uns der denkbar ungeeignetste Mann für den badischen Finanzministerposten gerade zur jetzigen Zeit. Sowohl, wenn alles wieder schön im Gleise geht, dann wird auch Rheinboldt seinen Mann stellen können. Aber mit der Empfehlung allein, daß er als Kommissar bei der Reichsfinanzreform mitgewirkt habe, erscheint uns die Befähigung zum badischen Finanzminister für die derzeitige Lage noch nicht in allenwegs erbracht. Und wenn wir recht unterrichtet sind, dann hat Rheinboldt dieselbe Empfängnis. Soll er aber durchaus in den Landesdienst zurück, dann gibt es andere hervorragende Posten, die seinen Fähigkeiten entsprechen. Es muß nicht absolut ein Ministerposten sein. So, wie wir die Verhältnisse kennen, halten wir eine Ministerfraktion Rheinboldt für keine geeignete Lösung der Frage, nicht nur vom sachlichen, sondern auch vom persönlichen Standpunkt aus. Was im Finanzwesen des badischen Staates dringend notwendig ist, ist eine starke Hand, ein unbegleiteter, unentwegt dem Ziele zutreibender, allen Unberechtigten und Nebenbuhlern unzugänglicher Charakter. Daß Rheinboldt diesen Wünschen entspreche, scheint uns zweifelhaft. Inneres Erachtens haben aber bei einer für das ganze Land so hochwichtigen Frage persönliche Wünsche Einzelner, die das sachliche Gebot verlassen, vollständig außer Betracht zu bleiben; denn das Land hätte den Schaden davon.

## Deutschland.

Berlin, 8. März 1910.

**Die Gestaltung der Reichsfinanzen.** Wie schon berichtet, haben sich die Reichseinnahmen im laufenden Finanzjahr günstig entwickelt. Es ist berechnet, daß die Zölle, Steuern und Gebühren sowie die beiden großen Reichsbetriebsverwaltungen, Post und Reichsbahn, zusammen in den ersten fünf Sechsteln des laufenden Finanzjahres etwa 66 Millionen über den Etatsondierlag eingebracht haben, in den die 85 Mill. Mk. eingezeichnet sind, die in den Nachtragsetat für 1909 eingezeichnet wurden. Es stehen auch sonst Mehreinnahmen und Minderausgaben in beträchtlicher Höhe in Aussicht. Damit ist allerdings noch keine endgültige Gewandlung unserer Reichsfinanzen herbeigeführt. Die kann nur im Laufe der Jahre erreicht werden, wenn Reichsregierung und Volksvertretung in dem Sinn zusammenwirken wie dies bei Schaffung der Reichsfinanzreform der Fall war. Die „Karlsruher Zeitung“ Nr. 66 schreibt bei Betrachtung der Schwierigkeiten, welche das Reichsfinanzwesen immer noch bietet:

„Es ist begreiflich, daß den Stellen, die für die Finanzen des Reichs die Verantwortung tragen, angeichts solcher Ausflüchte die Bilanzierung der nächstjährigen Reichsfinanzen als eines der schwierigsten finanzpolitischen Probleme erscheint. Um so erfreulicher war es, daß die überwiegende Mehrheit des Reichstages jüngst durch ihre Vertreter in der Budgetkommission des Reichstages erklären ließ, daß sie zu der bisherigen Finanzpolitik stände und mit der Reichsverwaltung an der weiteren Gestaltung der Reichsfinanzen arbeiten würde. Diese Gewandlung kann durchgeführt werden, wenn feste Grundsätze wie Sparhaftigkeit in den Ausgaben, keine Ausgaben ohne vorherige Beschaffung der Deckungsmittel, Festhalten an den 80 Pfennigen ungedeckter Militärzulagen auf den Kopf der Bevölkerung u. a. aufrecht erhalten werden und dies dann geschieht, wenn Reichsverwaltung und Reichstag einheitlich zusammenwirken. Diese Vereinbarung der Ansichten aber ist in der Budgetkommission des Reichstages festgelegt worden. Man kann also damit rechnen, daß auch das schwierige Problem der Bilanzierung der nächstjährigen Reichsfinanzhaushalts gelöst werden wird. Die tatsächliche Gewandlung der Reichsfinanzen wird aber erst in einigen Jahren herbeigeführt werden können.“

Man staunt zwar etwas, wenn man solche Betrachtungen in der „Karlsruh. Ztg.“ liest, aber sie sind unbestreitbar richtig. Und der Reichstag, der die Reichsfinanzreform 1909 bewilligte ist gerechtfertigt.

**Vom elsässischen Zentrum.** Im großen Saale des lat. Vereinshauses in Kolmar fand am letzten Sonntag, wie die „Reich. Tagesp.“ Nr. 53 berichtet, eine Zentrumsversammlung für den Kreis Kolmar statt, die trotz des herrlichen Wetters überaus stark besucht war. Zwischen 700 und 800 Männer aus Stadt und Land, darunter viele Herren vom hochw. Klerus, hatten sich eingefunden. Das erste Referat: „Die politische Lage im Reich und das Zentrum“ hatte anstelle des in letzter Stunde verhinderten Herrn Professor Dr. Martin Spahn Herr Mediziner Schläder aus Freiburg übernommen. Angesichts von der Erledigung der Reichsfinanzreform und der Festimmung des Wahlrechts, ließ der Redner die wichtigsten politischen Ereignisse Revue passieren und besprach ausführlich die Entwicklung der politischen Lage in Baden. Der Schluß war eine grundsätzliche Darlegung der Zentrumspolitik und ein begeistertes Appell an die Versammlung, sich um die Führe des Zentrums als einer zuverlässigen christlichen Volkspartei zu sichern. Als zweiter Redner sprach Herr Reichstags- und Landesauschussabgeordneter Dr. Nikolin von Dammersbach in Dialektform über die derzeitigen politischen und finanziellen Verhältnisse in Elsass-Lothringen und die Aufgaben der elsässischen Zentrumspartei. Beide Redner ernteten stürmischen Beifall. Da seit über ein Jahr keine Versammlung der Zentrumspartei in Kolmar mehr stattgefunden hatte, konnte der Vorsitzende mit Genehmigung verschieben, daß durch die Versammlung der Zentrumsabgeordneten in Kolmar wieder neue Belebung erfahren habe, was sich auch noch äußerte in einer großen Zahl Neuaufnahmen in den Zentrumsvereinen.

## Ausland.

**Oesterreich-Ungarn.**

**O Befämpfung der Wiener Milchsteuerung.** Dr. A. Lueger hatte nach der am 1. Oktober eingetragenen Milchsteuerung Gemeindeforderungen gegen die Preissteigerung angekündigt, welche dem Milchgroßhandel einen Jahresgewinn von nahezu 7 Millionen einbringt, im Durchschnitt 64.600 Kronen auf jeden der 108 Milchgroßhändler. In der auf Wunsch Dr. Luegers auf heute Dienstag einberufenen Sitzung des Wiener Gemeinderates wird nun H. Müller beantragen, eine Eingabe an das Finanzministerium zu richten, worin die sofortige ausgiebige Herabsetzung der Frachtarife für den Milchtransport bzw. die Einführung eines einheitlichen Milchpreises ohne Rücksicht auf die Entfernung, sowie die Einführung von Milchzügen und die Bestellung von Waggons mit Kühlvorrichtungen, ferner die weitestgehende Minderung der Milchgebühren verlangt wird. Der Antrag lautet ferner dem Gemeinderat ein, im Einvernehmen mit Produzenten-Genossenschaften in Wien eine Milchübernahmestelle mit Volkreierbetrieb einzurichten und die Errichtung städtischer Milchverkaufsstellen in Aussicht zu nehmen.

**Frankreich.**

— **Schadenersatzprozeß gegen Bischöfe** sind augenblicklich zwei vor den Gerichten, gegen Bischof Turinaz von Nancy und gegen den Bischof von Laval. In beiden Fällen erklärte sich die Zivilgerichtsbarkeit. Das Gericht von Laval hat aber die Entscheidung in der Angelegenheit auf den 9. Juni vertagt. Die Verhandlungen gegen Bischof Turinaz, welche den letzten Freitag und Samstag in Ansbach nahmen, hatten noch kein positives Ergebnis.

**Russland.**

**Frieden auf dem Balkan.** Die Petersburger Telegrammagentur veröffentlicht folgendes Communiqué: Der Ansehnlichkeit des Königs Ferdinand in Petersburg hat erneut Gelegenheit gegeben, die traditionellen Beziehungen, welche Rußland und Bulgarien verbinden, sowie die friedlichen Tendenzen beider Länder zu betonen. Diese Gesinnungen und diese Tendenzen sind in den Trinksprüche der beiden Souveräne klar zutage getreten. Der russische und der bulgarische Minister des Auswärtigen haben bei dieser Gelegenheit über die Rußland und Bulgarien interessierenden Fragen in Gedankenaustausch treten können. Sie haben festgesetzt, daß Rußland und Bulgarien an der Konsolidierung der freundschaftlichen Beziehungen Bulgariens zur Türkei sowie zu den übrigen Balkanstaaten in hohem Grade interessiert sind, und sind endlich zu dem Schluß gekommen, daß man auf beiden Seiten den festen Wunsch hat, alle Anstrengungen zu machen, um den Frieden und die Ruhe der Balkanstaaten aufrecht zu erhalten. Andererseits bringt die russische Regierung dem von dem unabhängigen Bulgarien bewiesenen festen Willen, den Weg der friedlichen Entwicklung seiner kulturellen und wirtschaftlichen Interessen zu verfolgen, volle Sympathie entgegen. So kann die Ankunft des Königs und der Königin der Bulgaren in Rußland nur dazu beitragen, das allgemeine Vertrauen auf die friedliche Gestaltung der Balkanangelegenheiten zu befestigen.

## Die Schlacht ist geschlagen.

Gestern Abend ging die Generaldebatte über die Fabrikinspektion zu Ende. Sie wurde eröffnet durch eine markante Rede des Abg. Dr. Jehnier, der sich wieder als klaren, logisch wie juristisch scharfen Geist zeigte. Das gesamte Material über den Rheinfelder Streif wurde gruppiert, gewertet und darauf das Urteil gegründet. Wo Fehler aufzeigten der Gewerkschaften vorlagen, wurden sie bedauert. Allein auch der Fabrikinspektor mußte sich sagen lassen, daß er „befangen“ sei gegenüber den christlichen Gewerkschaften. Endlich wurde der Minister veranlaßt, Stellung zu dem Verhalten des Fabrikinspektors zu nehmen. Herr von Bobman ließ tatsächlich nun auch, so schwer es ihn ankommen mochte, in einer Reihe von Punkten Herrn Dr. Wittmann folgen. Der Abg. Schmidt-Breiten unterstrich das Urteil Jehniers von der Befangenheit des Fabrikinspektors, er meinte, die Tätigkeit dieses Beamten zeuge von einer „tiefgehenden Befangenheit“. Für dieses Urteil brachte der händlerische Abgeordnete die einzelnen Beweise, die nicht ohne nachhaltigen Eindruck blieben. Der Abg. Willi beschäftigte sich unter „fortlaufendem“ Beifall in langer Rede mit dem Sekretär Engel und seinem Auftreten in Straßburg und Deggersheim vom letzten Sonntag. Der Abg. Duffner sagte deutlich, was man in den Reihen des Zentrums über ein solches Verhalten denkt. Die Tatsache, daß der Abg. Benedey gegen Schluß noch in die Arena tritt, zeigte, daß die Position der Linken nicht wenig in Gefahr geraten war.

Die gewöhnlichen Angriffe des Abg. Kolb auf das Zentrum und seine Presse kamen ihm teuer zu stehen. Der Abg. Dr. Jehnier las ihm nämlich vor, was der Abg. Kolb über ihn im „Orienamer Boten“ im Sommer 1908 der Defektivität überlag. Der Abg. Kolb sieht nun wohl ein, daß er der am wenigsten berufenen Politiker ist, um ein Zentrum über Zentrum und Zentrumspresse auszuüben. Was er zur Verteidigung vorbrachte, war eben eine Verleumdung der zehnerjährigen Ausführungen. Nach der prinzipiellen Seite antwortete der Abg. Knebel. Wirkungslos nahm er den Herrn Erzbischof in Schutz, dessen Gewerkschaftspostulare der Abg. Kolb in die Debatte gebracht hatte. Wirkungslos war seine Antwort auf den Vorwurf, er habe die christlichen Gewerkschaften den Unternehmern umgeben wollen. Dabei mußten sich die von der Sozialdemokratie manches sagen lassen über den Klassenkampf und die dadurch verursachte Schädigung der Arbeiterinteressen. Knebel hatte mit seiner improvisierten Antwort einen guten Tag.

Stöckinger brachte Spezialwünsche aus Pforzheim, die das Haus nicht zu interessieren vermochten, aber zeigten, wie ein Abgeordneter seine Wähler zur Treue gegen seine Fahne gewinnt. Der Abg. Duffner hatte es übernommen, gegen den Abg. Pfeiffle und seine Verurteilung der Heimarbeit die Verteidigung und den Nutzen derselben darzutun. Duffner ist ein angenehmer und temperamentvoller Redner, dessen Ausführungen gut vorbereitet sind. Warme Liebe zur Schwarzwälder Heimat sprach aus der Rede.

Ueberleben wir die Debatte noch einmal, so wird man fragen müssen, die Regierung hat allen Anlaß, dafür Sorge zu tragen, daß wir eine unbefangene Fabrikinspektion bekommen.

## Baden.

Karlsruhe, 8. März 1910.

Seine königliche Hoheit der Großherzog haben gnädig geruht, den leitenden Rat des städtischen Krankenhauses in Baden-Baden, Medizinalrat Dr. Julius Baumgärtner, zum Geheimen Medizinalrat zu ernennen.

**Aus den Kommissionen.**

**BZK. Karlsruhe, 8. März.** In der heutigen Sitzung der Kommission für Justiz und Verwaltung wurde zunächst der fertiggestellte Bericht über den Entwurf eines Gesetzes, das Sinterlegungsweisen betreffend, verlesen. Anträge wurden nicht erhoben. Sodann wurde zur Beratung der Gemeinde- und Städteordnung übergegangen und zunächst noch einmal die Frage der Pensionsberechtigung der Bürgermeister in den Gemeinden über 4000 Einwohner besprochen. Die Pensionsberechtigung wurde mit großer Majorität abgelehnt und demgemäß die neue Bestimmung im § 18 d. d. Gemeindeordnung gefascht. Die Aufnahme einer gleichfalls Bestimmung in die Gemeindeordnung wegen Festsetzung der Gehälter der Bürgermeister wurde abgelehnt. Dagegen wurde der Regierung nahegelegt, im Verwaltungswege auf die Erhöhung der Gehälter der Bürgermeister, wo es erforderlich erscheint, hinzuwirken. Ueber den von einer Seite gestellten Antrag, daß die Verhandlungen des Gemeinderats in der Regel öffentlich stattfinden sollen, wurde die Beschlußfassung noch eingehender Erörterung auf Wunsch noch einmal angelegt.

Die Sitzung dauert fort. **Die Budgetkommission** verhandelte heute über die Petitionen der Handelskammer Freiburg und des deutsch-nationalen Handlungsgewerkschaftsverbandes den Besuch der kaufmännischen Fortbildungsschulen betr. Während die Handelskammer Freiburg wünscht, daß der einjährige der in dieser Stadt bestehenden Handelsjahrschule mit 32 Wochenstunden dem Besuch der dreijährigen Fortbildungsschule gleichgestellt werde, will der Handlungsgewerkschaft den jetzigen Zustand beibehalten wissen. Nach der einstimmigen Meinung der Budgetkommission soll das bisherige System der dreijährigen Fortbildungsschule mit mindestens 6 Wochenstunden beibehalten werden und der Besuch der Handelsjahrschule nur dann als voller Ersatz hierfür gelten, wenn dieser auf anderthalb Jahre ausgedehnt wird und für die Höflinge für die Dauer von weiteren 2 Jahren Fortbildungskurse von mindestens 3 Wochenstunden eingerichtet werden.

Der Abg. Wittmann gab als Vorberichter über das Einkommensteuergesetz ein lichtvolles Referat, an das sich die Generaldebatte anschloß.

**Mißhandlung von Gegnern in der „Bad. Landeszeitung“.**

Der unfähige, aber um so dreister Liberalismus legt fortwährend weitere Proben seines Könnens ab. Eine solche Probe finden wir in Nr. 104 der „Bad. Landesztg.“. Da ist r. s. u. a. an: „In der Zentrumspresse wird eben der sozialdemokratische Abgeordnete Stöckinger nach allen Regeln der Kunst „beriffen“, weil er sich in der Tat wenig schon im Landtag benommen hat. Der Herr wird mit der Zeit eben zu der Einsicht kommen müssen, daß ein Kammerplettum keine sozialdemokratische Volksversammlung ist. Das Zentrum aber hat wahrhaftig an wenigen Grund, sich über ihn aufzuhalten, denn was insbesondere der Abg. Kolb an Beschuldigungen gegen den Amtsvorstand in Schönau geleistet hat, trug um keinen Deut mehr zur Erhöhung des parlamentarischen Niveaus bei. Kleinlicher, pießbürgereicher und geschäffler kann man kaum gegen einen Beamten vorgehen, der allerdings den in liberalen Augen unbegreiflichen Fehler hat, ein liberaler Mann zu sein. Und es war für des Zentrums Art und Sitte besonders bezeichnend, daß Abg. Kolb sich an der ersten geänderten Wähler, die er von dem Minister Freiherrn von Bobman bezog — worüber aber der Zentrumsblätter Öffentlichkeit völlig schweigt —, nicht geringen Hochpunkten abwärts gegen den Oberamtman zu Felde zog, aber nicht wurde, weil er moralisch nicht intakt war. Aber das ist kein Zentrum nicht, wenn er nur Kerfals wagt.“

Das ist eine ebenso unwarre wie gehässige Verleumdung. Wenn die „Bad. Landesztg.“ den amtlichen Bericht auch nur anekdotisch hätte, wäre es ihr ehrlicher Weise wenigstens unmöglich gewesen, so zu schreiben und das, was Abg. Kolb im Landtag gegen den Oberamtman v. Schönau vortrug, auf dieselbe Stufe zu stellen, mit dem, was Eo. Inger formlos und wahllos vortrug. Dabei ist es höchst bezeichnend, daß das Blatt unter Verbrechung des Tatbestandes dem Abgeordneten Kolb zum Vorwurf macht, was die „Bad. Landesztg.“

selbst und die Liberalen da und dort in Resolutionsform bei dem nationalliberalen Abgeordneten Kolb geübt haben. Aber das Vorgehen des Abgeordneten Kolb liegt eben weder wie bei dem jungliberalen Abgeordneten Kolb noch wie bei dem sozialdemokratischen Abgeordneten Stöckinger. Während Kolb ein einfältige und unwahre Schwärzereien gegen einen geistlichen Lehrer und weiteres vor dem Landtag austramte und Stöckinger u. a. die Geschichte eines Betrunknen ins Parlament brachte, erwähnte der Abgeordnete Kolb, wie es Pflicht des Volksvertreters ist, eine in weiten Kreisen eines Bezirks bestehende Unzufriedenheit gegen einen Großherzoglichen Verwaltungsbeamten. Er ging dabei jedoch in einer Weise vor, aus der speziell der nationalliberale Parlamentarier Kolb viel lernen könnte.

Abg. Kolb führte in der 39. öffentlichen Sitzung aus: „Es sind mir unendlich aus einem Umstet recht erhebliche Klagen, ja ein ganzes Altschickel mit dem Wunsch ausgegangen, ich möchte die Beschwerde gegenüber dem betreffenden Amtsvorstand hier zur Sprache bringen. Es sind teilweise recht bedenkliche Dinge, die darin liegen. Ich sehe aber davon ab, einmal, weil ich nicht weiß, ob man den ersten und naturgemäßen Weg, den der Beschwerde an das Ministerium, betreten hat, dann aber auch, weil ich die persönliche Behandlung einzelner Beamter in diesem Hause nicht liebe. Aber ich werde nicht verziehen, wenigstens privatim dem Herrn Minister das eine oder andere von diesen Beschwerden mitzuteilen. Ich wollte es hier aber angeführt haben, damit man in dem betreffenden Bezirk weiß, daß die Beschwerden gelesen worden sind, und daß sie, soweit es möglich ist, auch bei der Volksvertretung ihre Vertretung gefunden haben.“

Kann man lokaler Verfahren, wenn man Beschwerden seines Wahlkreises zu vertreten hat, als es der Abg. Kolb hier tat? Er nennt keine Namen und führt keine Beschwerden an, zeigt aber doch den bei ihm Beschwerden führenden, daß er ihrer Klagen gedacht hat. Man kann nicht anders sagen, als: der Abg. Kolb hat bei dem Abg. Kolb und allen Parlamentariern ein zu herziges Beispiel gegeben, wie man solche Dinge parlamentarisch behandelt. Nun ist allerdings der Abg. Kolb in der 42. Landtagssitzung weitergegangen und hat sowohl Namen als Beschwerden ausdrücklich angeführt. Es handelte sich um den Oberamtman in Schönau. Aber warum hat er das getan? Abg. Kolb sagte selbst:

„Von dem Herrn Abg. Kolb man ist auch bemängelt worden, daß ich in meiner Rede erklärt hätte, es seien mir gegen ein Bezirksamt verschiedene Beschwerden angegangen, ich wollte sie aber, weil es mir persönlich widerließe, bezüglich eines einzelnen Beamten hier im öffentlichen Hause Ausführungen zu machen, hier nicht vorbringen, sondern lediglich meinem Wahlkreis oder den Herren, die mir das Material überbrachten, gegenüber damit angedeutet haben, daß ich die Sache an richtigen Orte zur Sprache bringen und mir erlauben würde, dem Herrn Minister einiges davon mitzuteilen. Ich habe gedacht, daß dieses Verfaß auch auf der andern Seite des Hauses Anerkennung finden müßte, namentlich auch beim Herrn Minister. Zu meinem Bedauern hat er aber auch in seine Rede die Bemerkung eingeschoben, es wäre ihm lieber gewesen, wenn ich das Bezirksamt genannt hätte. Nachdem also sowohl der Herr Abg. Kolb man als der Herr Minister das Bezirksamt genannt haben wollen, muß ich da wo was über über nachkommen, denn es würde sonst nicht gesagt werden, ich hätte gefascht. In diesem Bericht darf ich nicht mehr ansetzen, was das, wie es geht, und der Herr, den ich nenne, muß möge sich bei denjenigen Herren bedanken, die mich genötigt haben, hier verschiedene unangenehme Dinge zur Sprache zu bringen.“

Abg. Kolb war also durch den nationalliberalen Fraktionsvorstand sowie durch den Minister genötigt, das öffentlich zu behandeln, was er persönlich zuerst nicht behandeln wollte und auch dann, als er genötigt wurde, nur ungern behandelte. Jedermann, der nicht blindegelassen wie die „Bad. Landesztg.“ alles in sich nimmt, was nationalliberale Abgeordnete (Kolb) und blindegelassen alles verwerflich findet, was Zentrum und sozialdemokratische Abgeordnete tun, wird folgen müssen: Korrekter konnte ein Abgeordneter nicht handeln, als es hier seitens des Zentrumsabgeordneten Kolb geschehen ist. Daß er sich dafür einige Verteidigungen von der „Bad. Landesztg.“ an den Kopf werfen lassen muß, ist lediglich kerkenswürdig für die Höhe des Niveaus der Journalistik wie der Wahrheits- und Gerechtigkeitsliebe der „Bad. Landesztg.“. Daß sie durch dieses Verhalten den eigenen Abg. Kolb, ungegenwillt, kompromittiert hat, hat sie wohl nicht bemerkt. Der Minister erklärte übrigens in der 43. öffentlichen Sitzung, als er den Oberamtman in Schönau nahm — auf das hin was der Oberamtman selbst von sich sagte —: „Ich werde selbstverständlich der Sache noch weiter nachgehen.“ Ein Beweis dafür, daß der Minister über die Beschwerden doch etwas anders denkt als die „Bad. Landesztg.“, die allerdings der Ansicht ist, daß die nationalliberalen Amtsmänner immum sein sollten gegen parlamentarische Behandlung.

Die „Bad. Landesztg.“ liebt die Kommissarverleumdungen des Zentrums. Sie überstreift ihren Artikel „Das weite Zentrumsgewissen“. Sie macht aus ihren Interaktionen gegenüber dem Zentrumsabgeordneten gleich ein System des Zentrums. Kein sozialdemokratisches Blatt könnte in diesem Stück besser arbeiten. Um das von ihr unterstellte System der Gewissenslosigkeit im Zentrum zu beweisen, zieht sie noch einmal die von ihr niemals objektiv dargestellten Fälle von Laubersbachsheim und Waldshut heran. Wir glauben diese Fälle genügend behandelt zu haben und es nicht nötig zu haben, noch einmal darauf zurückzukommen. Ergibt sich doch aus der parlamentarischen Behandlung der Sache, daß die beiden in Betracht kommenden Geistlichen ihre Pflicht so getan haben, daß schließlich auch die Gewerkschaft nicht mehr dagegen sagen konnten und von vornherein, als hätten sie ihre Pflicht verlegt absehen zu wollen erklärt. Aber eine Freiheitsonberlegenheit ist es, wenn die „Bad. Landesztg.“ — informiert von ihrem Hausgeheimnis — den Geistlichen nunmehr sagen will, was sie im Verhältnis zu tun gehabt hätten. Wir protestieren dagegen, daß ein ultrakatholisches Blatt katholischen Geistlichen Belehrungen über den Verstand zu geben, sich herausnimmt. Das ist nichts anderes, als eine fortgesetzte gehässige persönliche Verunglimpfung von Geistlichen, die sich gegen solche Waffen nicht wehren können. Wissen denn die „Bad. Landesztg.“ und ihr sozialer Hausgeheimnis, was die Geistlichen im Verhältnis erfahren und was sie daruach taten? Sie wissen es nicht und doch muß verdächtig sein — denn es sind ja katholische Geistliche, die sich nicht zu Hausgeheimnissen des nationalliberalen Organs eignen und hergeben. Also drauf!

Schließlich schreibt das nationalliberale Blatt:



**Todes-Anzeige.**

Gott dem Allmächtigen hat es gefallen, seinen treuen Diener, den hochwürdigen Herrn

**Eduard Dörter,**  
Definitor des Kapitels Otterdweier,  
Pfarrer von Gamsfurt,  
Inhaber des Ritterkreuzes I. Klasse des Ordens vom  
Fähringer Löwen,

nach ganz kurzer Krankheit, versehen mit den heiligen Sterbesakramenten, heute abend halb 8 Uhr, in seinem 89. Lebens- und 60. Priesterjahre, zu sich in ein besseres Jenseits abzurufen.

Die hochw. Herren Mitbrüder werden freundlich gebeten, ein Memento für den Verstorbenen machen zu wollen.  
Gamsfurt, den 7. März 1910.

Im Namen der trauernden Schwester und Verwandten:  
**Johann Fritz,** Pfarrvikar.

Die Beerdigung findet Donnerstag morgen um 10 Uhr in Gamsfurt statt. Totenoffizium um 1/2 10 Uhr.

**Dankfagung.**

Für die Beweise herzlicher Teilnahme beim Hinscheiden unserer lieben, unvergesslichen Mutter, Schwiegermutter, Großmutter und Urgroßmutter,

**Frau Elisabeth Dörster Witwe,**

sagen wir herzlichsten Dank. Besondern Dank den St. Bernhardus-Schwestern für die aufopfernde Pflege, für die reichen Kranzspenden und die zahlreiche Begleitung zur letzten Ruhestätte.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Karlsruhe, den 8. März 1910.

**Dankfagung.**

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme an dem unersehlichen Verluste unserer nun in Gott ruhenden, unvergesslichen Mutter,

**Frau Elisabetha Single, Wwe.,**  
geborene Maier,

sprechen wir unseren tiefgefühltesten Dank aus.

Die tieftrauernden Hinterbliebenen.

**Katholischer Männerverein der Oststadt.**

Mittwoch, den 9. März, abends halb 9 Uhr, im Vereinslokal zum Saalbau, Lachnerstraße,

**Vereinsversammlung mit Vortrag.**

Hierzu laden wir unsere Mitglieder ergebenst ein. Einführung von Gönnerfreunden gestattet und erwünscht.  
Der Vorstand.

**Unwiderruflich**

**diesen Samstag**

den 12. März Ziehung der

**Bad. Rote + Geldlose**

3388 Gold-Gewinne ohne Abzug.

**44 000 M.**  
2 Hauptgewinne

**20 000 M.**  
586 Gewinne

**14 000 M.**  
2800 Gewinne

**10 000 M.**

Lose à 1 M. II Lose 10 M. empfiehlt Porto und Liste 30 Pfg. Lotterie-Unternehmer  
**J. Stürmer, Strassburg i. E.**  
Langestr. 107  
und alle Loosverkaufsstellen. — In Karlsruhe  
Carl Götz, Hebelstrasse 11/15; Gebr. Göhringer, Kaiserstr. 60.

Statt besonderer Anzeige.

**Todes-Anzeige.**

Schmerzerfüllt teilen wir mit, dass Gott heute nachmittag 3 1/2 Uhr unsern lieben, treubesorgten Gatten, Vater, Grossvater, Schwiegervater, Onkel und Schwager,

**Magnus Valentin Trunk,**  
Hauptlehrer a. D.,

nach langem, schwerem Leiden, wohlversehen mit den heiligen Sterbesakramenten, im Alter von nahezu 85 Jahren, zu sich abberufen hat.

Plankstadt, Karlsruhe, Rosenheim, den 7. März 1910.

Die tieftrauernden Hinterbliebenen:  
**Sofie Trunk, geb. Weber,**  
**Hermann Trunk, Fabrikant,**  
**Gustav Trunk, Rechtsanwalt,**  
**Julius Trunk, Redakteur,**  
**Louis Trunk, Kaufmann,**  
und 5 Enkel.

Die Beerdigung findet Mittwoch, nachmittags 3 Uhr, in Plankstadt bei Schwetzingen statt.

**Bekanntmachung.**

Die Herren Mitglieder des Bürgerausschusses beehre ich mich hierdurch zu einer öffentlichen Sitzung auf

**Dienstag, den 15. März ds. Js., nachmittags 3 Uhr,**

in den großen Rathssaal ergebenst einzuladen.

Tagesordnung:

1. Herstellung einer Strecke der Voedch-Strasse südlich der Südbend-Strasse.
2. Herstellung der Kanonier-Strasse zwischen Gardt- und Stoeker-Strasse und Eröffnung eines Gemeindefeldes über den Ertrag der Straßenkosten.
3. Herstellung der Eisenbahn-Strasse zwischen Lulla-Platz und Humboldt-Strasse und der südlich einmündenden Sackgasse und Eröffnung von Gemeindefeldern über den Ertrag der Straßenkosten.
4. Herstellung der Körner-Strasse zwischen Soffens- und Weindrenner-Strasse und Eröffnung eines Gemeindefeldes über den Ertrag der Straßenkosten.
5. Herstellung einer Parallel-Strasse zur Karl-Strasse hinter dem westlichen Zorhause des Stadttores und Erwerbung des Geländes hierzu.
6. Aenderung des Verordnungsstatus über das Volkschulwesen.
7. Erhebung eines Gemeindefeldes zur Hundstaxe.
8. Aenderung der Verbrauchssteuerordnung.
9. Aenderung der Gebühren-Ordnung für den Schlacht- und Viehhof.
10. Erneuerung der Straßenbahngleise in der Kaiser-Strasse zwischen Karl-Strasse und Durlacher Thor.
11. Verkauf von Gelände am Rheinhafen an die Firmen Altschul & Simon und Pfannsch & Cie.
12. Abschluss eines Dienstvertrags mit dem Vorstand des städt. Tiefbauamts, Herrn Emil Blum-Ress.
13. Aenderung des Verordnungsstatus über die Stellvertretung des Oberbürgermeisters und der Bürgermeister.
14. Aufnahme von Anleihen.
15. Abhör der 1907er städtischen Rechnungen und der 1907er Gemeinderrechnung von Grünwinkel.

Karlsruhe, den 4. März 1910.

Der Oberbürgermeister:  
Siegfried Lacher.

**Mittwoch, den 9. März, abends 7 1/2 Uhr,**

findet im oberen Saal der Vier Jahreszeiten, Hebelstr., der

**4. der politischen Vorträge**

statt. Redner: Herr Landtagsabgeordneter und Chefredakteur Wilhelm Roth (Sozialdemokrat).

Um zahlreiches Erscheinen bitten:

**Die Ortsgruppe Karlsruhe des bad. Verbands für Frauenstimmrecht,**  
der Verein Frauenbildung—Frauenstudium  
und  
die Rechtsanwaltsstelle für Frauen.

**Luise Schumacher**

früher bei H. Reutter, Juwelier

Waldstrasse 53.      Telephon 2136.

**Für Kommunikanten:**

Reiche Auswahl in Juwelen, Gold- und Silberwaren  
mit 5% Rabatt.

**Hühneraugen-Operationen  
ohne Messer**

im Atelier für Fusspflege von

**Friedrich Hermann**

Herrenstrasse 38.

Alleinvertretung für Dr. med. F. J. Schoene's Methode

Billigste Bezugsquelle für

**Grabsteine**  
aller Art

**K. Striebel,**  
Karlsruhe-Mühlburg, Glümerstr. 14

V. Merkle      Karlsruhe  
Telephon 175      Kaiserstr. 160.

Stets frische

**Eier-Maccaroni**  
(ungefärbt).

Fabrikat: Rivoire & Carrot.

Die Handschuhe  
der seit dem Jahre 1865  
bestehenden Firma

**Ludwig Oehl**

Nachf., Karlsruhe,  
Kaiserstr. 112,

sind rühmlichst bekannt durch  
schönen Sitz und gute Qualitäten.

**Linol-Fußboden-  
Glanzlack**

besten, haltbarsten Fußboden-  
anstrich, in acht diversen,  
brillanten Farben  
per Pfd. 50 Pfg., bei 10 Pfd.  
à 48 Pfg.

Musterkarte gerne zu Diensten.  
Prompter Versand nach auswärts.  
Nur erhältlich bei

**Jul. Dehn Nachflg.,**  
Drogerie, Zähringerstrasse 55.  
Stadtmarken.

Auf sofort wird ein  
**höhergeprüfter Lehrer**  
unter günstigen Bedingungen in eine  
Privatschule gesucht. Nähere Offerten  
unter S. N. 1990 an Rudolf Mosse,  
Stuttgart.

**Altes Zanwerk**

ca. 800 kg. zu verkaufen. Angebote  
erbitte bis Donnerstag, d. 10. März 1910.

**Städtisches Hafenanst. Karlsruhe.**

**Korridorländer, neu, eichen, mit  
Schirmhänder**  
N. 14., eleg. eiserne Kinderbettstelle,  
neu, N. 9., Divan, gut garniert,  
N. 29.,

**Werner, Schloßplatz 13,**  
Eingang Karl-Friedrichstraße, part. 2. St.

Gegen Einleitung von 20 Pfg. senden  
wir Jedem eine Probe selbstgeleiteten

**Rot- und Weisswein**

nebst Preisliste. Kein Risiko, da wir nicht  
gelieferten ohne Weiteres umsonst zu-  
rücknehmen. — 18 Morgen eigene Weinberge  
an der u. Rhein. Fabr. Bot. Abweiler.

**Weißwaren-Versteigerung.**

Mittwoch, den 9. März, nachmittags 2 Uhr, werden im  
Auktionslokal Zähringerstraße 29 gegen bar öffentlich versteigert:

schöne, große abgepackte Vorzüge, schöne weiße Damenhemden,  
Bettjacket, Damen-Nachtjacket, Damenhemden, Kniefalten, Sticker-Unter-  
röcke, Anstandsröcke, Tischentwürfe, Handtücher, Servietten, Bettlaken,  
Damasch-Büchsen und Bettbezüge, Stiefelbezüge, farbige Damen-Unter-  
röcke und Unterhosen, Herren-Normal- und Sporthemden.

Siehbader ladet höflichst ein

**S. Fischmann, Auktionsgeschäft,**  
Zähringerstraße 29.

Waren und Fahrnisse werden jederzeit zum Versteigern an-  
genommen.

**Festhalle — Karlsruhe.**

Donnerstag, den 10. März, abends 8 1/2 Uhr,

**Vortrag**  
des

**GENERAL BOOTH**

**Gründer der Heilsarmee.**

Thema: „Die Vergangenheit, Gegenwart,  
Zukunft der Heilsarmee.“

Eintrittskarten à Mark 2.—, 1.— und 50 Pfg. in der  
Hofmusikalien-Fr. Doert im Vorverkauf u. von 11 bis 1 Uhr vor-  
handlung mittags u. von 3 bis 7 Uhr nachmittags  
und an der Abendkasse der Festhalle nur im Hauptportal. — Ab 8 Uhr  
an der Abendkasse in der Festhalle auch Karten zu 20 Pfg. —